

# IMMOBILIENZEITUNG

## FACHZEITUNG FÜR DIE IMMOBILIENWIRTSCHAFT

---

## Frankfurter Wohnungsgenossen fordern Reform beim Erbbauzins

POLITIK

Von Volker Thies | 23.11.2020

**Eine grundlegend neue Handhabung des Erbbaurechts in Frankfurt wollen zehn Wohnungsbaugenossenschaften erreichen. Andernfalls könnten sie keinen kostengünstigen Wohnraum mehr zur Verfügung stellen, warnen sie.**

Zehn große Frankfurter Wohnungsbaugenossenschaften wollen gemeinsam eine Änderung der städtischen Politik beim Erbbaurecht erreichen. Die Kooperation, deren Mitglieder mehr als 12.000 Wohnungen im Stadtgebiet gehören, verlangt eine Absenkung des Erbbauzinses, der derzeit bei 2,5% des Bodenrichtwerts liegt. Angesichts stark steigender Bodenpreise und damit auch Erbbauzahlungen sehen sich die Genossenschaften kaum noch in der Lage, günstigen Wohnraum zu schaffen.

SPD und Grüne, die zusammen mit der CDU die aktuelle Stadtregierung tragen, haben sich bereits zuvor offen für eine Absenkung des Erbbauzinses auf 1,5% gezeigt. Die Genossenschaftskooperation will das System aber lieber ganz umstellen, beispielsweise, indem bei günstigem Wohnraum eine feste Zahlung des Eigentümers pro Quadratmeter Wohnfläche an die Stadt Frankfurt den Erbbauzins ersetzt. Der Wohnungswirtschaftsverband VdW unterstützt die Initiative der Frankfurter Genossenschaften.